



Zusammenstellung der friedenspolitischen Aktivitäten der BSW-Fraktion im Landtag Brandenburg

Das Thema Frieden ist und war für die BSW-Fraktion im Landtag Brandenburg immer wichtig. Entgegen mancher Vorwürfe, dass Frieden doch kein landespolitisches Thema sei, haben wir beharrlich dessen Bedeutung für die Landespolitik und einzelne Politikfelder betont.

Die BSW-Fraktion konnte sich in Zeiten der Regierungsbeteiligung auf die guten friedenspolitischen Formulierungen, die das BSW in den Koalitionsvertrag verhandelt hatte, berufen. Dort im Koalitionsvertrag hieß es unter anderem:

In der Präambel:

„Brandenburg ist durch Artikel 2 Absatz 1 seiner Verfassung dem Frieden verpflichtet und strebt die Zusammenarbeit mit anderen Völkern an. Dazu gehört, aktiv zur Sicherung des Friedens beizutragen und ein Bekenntnis zur internationalen Zusammenarbeit. Dieses politische Ziel besteht losgelöst von der Zuständigkeit des Bundes für die Außen- und Verteidigungspolitik. Wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst, dass sich der Krieg ausweitet und damit das Risiko besteht, dass auch Deutschland in eine sich immer schneller drehende Kriegsspirale hineingezogen wird. Der Krieg wird nicht durch weitere Waffenlieferungen beendet werden können.“

„Wir sind übereingekommen, dass wir uns im Sinne der Charta der Vereinten Nationen und des Budapester Memorandums auf Bundesebene und auf Ebene der Europäischen Union dafür einsetzen, eine diplomatische Lösung des Ukraine Konflikts und den Abbau der damit verbundenen Spannungen innerhalb Europas durch Verhandlungen mit den Konfliktparteien mit dem Ziel von Waffenstillstand und dauerhaftem Frieden voranzutreiben. Wir sehen vor diesem Hintergrund die geplante Stationierung von Mittelstrecken- und Hyperschallraketen auf deutschem Boden kritisch. Es braucht konkrete Angebote, um wieder zu Abrüstung und Rüstungskontrolle zu kommen.“

Im Kapitel zu Wirtschaft:

„Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat weitreichende Sanktionen zur Folge. Diese bringen auch Nachteile für unsere Wirtschaft. Diplomatische Friedensbemühungen müssen auch die Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Ziel haben.“

Im Kapitel zu Europa:

„Wir bekennen uns zu der Idee eines im Frieden vereinten Europas. Europa ist Querschnittsaufgabe in allen Ministerien. Auf EU-Ebene bringen wir unsere brandenburgischen Positionen auf den verschiedenen Ebenen, insbesondere beim Bund und in Brüssel, ein.“



Anträge

1. Für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Selbstbestimmungsrecht

Antrag (SPD, BSW) 27.11.2024 Drucksache 8/129

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-370011>

Darin heißt es u.a.:

Feststellungsteil – Zitate aus dem Koalitionsvertrag s.o.

Forderungsteil – *„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Sinne der oben genannten Prinzipien für Frieden, Freiheit, Sicherheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Europa einzusetzen“*

2. 80 Jahre Befreiung vom Faschismus und Ende des Zweiten Weltkrieges - Mahnung für Frieden in unserer Zeit!

Antrag auf Aktuelle Stunde (BSW) 18.03.2025 Drucksache 8/684 (2 S.)

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-372594>

Darin heißt es u.a.:

„Durch den Vernichtungsfeldzug Hitlerdeutschlands und seiner Verbündeten wurden im Zweiten Weltkrieg über 60 Millionen Menschen getötet. Die meisten Opfer gab es in der Sowjetunion, wo 27 Millionen Menschen ums Leben kamen. Eine vollständige Aussöhnung mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist uns aufgrund dieser historischen Verantwortung ein besonderes Anliegen.“

„Die Rote Armee unter Schukow, Konew und Rokossowski befreite zusammen mit Einheiten der polnischen Volksarmee unsere märkische Heimat von diesem Terror. Dafür gebührt ihnen ewiger Dank.“

„Am Beginn von Krieg und Gewaltherrschaft standen und stehen Großmachtstreben, ideologische Verblendung und massive Aufrüstung. Der 8. Mai mahnt uns, vom Frieden nicht nur zu sprechen, sondern ihn jeden Tag neu zu verteidigen!“

3. 80 Jahre Befreiung vom Faschismus und Ende des Zweiten Weltkrieges - der Opfer gedenken, den Befreiern danken, den Frieden bewahren!

Entschließungsantrag (SPD, BSW) 26.03.2025 Drucksache 8/737 2. Neudruck

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-372594>

Darin heißt es u.a.:

„Den Alliierten gilt unser ewiger Dank. In unserer märkischen Heimat ist es ganz besonders der Roten Armee zusammen mit Einheiten der polnischen Volksarmee zu verdanken, dass dieser Terror beendet wurde.“



„Der Landtag Brandenburg möchte in dem Bewusstsein der historischen Verantwortung gegenüber den Menschen in Polen die Zusammenarbeit zwischen der Republik Polen und dem Land Brandenburg weiter festigen und stärken. Zudem erkennt der Landtag Brandenburg die besondere Verantwortung Deutschlands und Brandenburgs für eine umfassende Aussöhnung an. Diese Verantwortung ergibt sich auch aus dem unermesslichen Leid und den Millionen Toten, die der verbrecherische Krieg und die Gewaltherrschaft des faschistischen Deutschlands verursacht haben.“

„Der Landtag Brandenburg stellt fest, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist, sondern jeden Tag aufs Neue verteidigt werden muss. Es braucht konkrete Angebote, um wieder zu Abrüstung und Rüstungskontrolle zu kommen.“

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, (...) eine Änderung des Brandenburger Gesetzes über die Sonn- und Feiertage zu prüfen, um den 8. Mai als Tag der Befreiung im Fünfjahresturnus zum gesetzlich anerkannten Feiertag im Land Brandenburg, beginnend ab dem 85. Jahrestag am 8. Mai 2030 zu klären“

4. 80 Jahre nach US-Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki - Würdigung kommunalpolitischer Friedensarbeit in Brandenburg

Antrag auf Aktuelle Stunde (BSW) 16.09.2025 Drucksache 8/1741

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-376923>

Darin heißt es u.a.:

„Auch heute, 80 Jahre später, mahnt uns die Geschichte von Hiroshima und Nagasaki, sich für eine friedliche und atomwaffenfreie Welt einzusetzen. Im Besitz der neun Atomwaffenstaaten befinden sich aktuell ca. 12 500 Atomwaffen. Fast 3 800 sind sofort einsatzfähig, davon sind geschätzte 2 000 in ständiger Höchstalarmbereitschaft, d.h. sie können ihr Ziel binnen weniger Minuten erreichen und unsere Welt gänzlich zerstören. Auch für unser Bundesland Brandenburg birgt selbst ein sehr begrenzter Einsatz von Atomwaffen eine immense existenzielle Gefahr.“

„Auch aus diesen Gründen unterstützt die antragstellende BSW-Fraktion im Landtag Brandenburg den völkerrechtlich bindenden Atomwaffenverbotsvertrag, welcher am 7. Juli 2017 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit großer Mehrheit angenommen wurde und am 22. Januar 2021 in Kraft trat. 94 Staaten haben diesen Vertrag bereits unterzeichnet und 73 Staaten haben ihn ratifiziert. Die Bundesrepublik Deutschland gehört nicht dazu, obwohl sich mittlerweile vier Bundesländer sowie über 140 deutsche Städte und Gemeinden der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) angeschlossen haben und den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag fordern – darunter die Landeshauptstadt Potsdam. ICAN wurde im Jahr 2017 der Friedensnobelpreis verliehen.“



5. Kommunales Engagement der Brandenburger Städte und Gemeinden für Frieden und Abrüstung würdigen – für eine atomwaffenfreie Zukunft!

Entschließungsantrag (SPD, BSW) 23.09.2025 Drucksache 8/1783

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-376923>

Darin heißt es u.a.:

6. *Der Landtag möge beschließen: 1. Der Landtag gedenkt der Opfer der US-Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki; 2. der Landtag unterstützt die Ziele einer weltweiten nuklearen Abrüstung und würdigt das Engagement zahlreicher Brandenburger Landkreise, Städte und Gemeinden, die sich Initiativen wie „Mayors for Peace“ oder ICAN angeschlossen haben und gemeinsam für Abrüstung sowie für eine atomwaffenfreie Welt eintreten.“*

7. Starke Landwirtschaft statt EU-Rüstungswahn und Freihandelsabenteuer - Interessen Brandenburgs bei Diskussionen um den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU und um das Mercosur-Abkommen selbstbewusst vertreten

Antrag (BSW) 16.01.2026 Drucksache 8/2282 Neudruck

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-379611>

Darin heißt es u.a.:

„Die Europäische Union, ursprünglich mit der Intention gegründet, eine gleichberechtigte Zusammenarbeit souveräner europäischer Staaten zu ermöglichen und Frieden sowie Wohlstand in Europa zu garantieren, entwickelt sich immer mehr zu einem Bürokratiemonster, welches lebensferne Vorgaben für Nationalstaaten, Regionen sowie Kommunen beschließt und unliebsame Meinungen sanktioniert. Auch die besorgniserregende Fortentwicklung der EU hin zu einer hochgerüsteten Militärunion zur Durchsetzung transatlantischer Interessen ist nicht mehr zu übersehen. Dies zeigt unter anderem der Plan der EU-Kommission zur Wiederbewaffnung Europas („ReArm Europe / Readiness 2030“), welcher darauf abzielt, bis 2030 nahezu 800 Milliarden Euro an zusätzlichen Verteidigungsinvestitionen in Europa zu mobilisieren, hauptsächlich durch nationale Mittel der Mitgliedstaaten, gestützt durch EU-Finanzierung wie das SAFE-Instrument (bis 150 Mrd. € an Darlehen). Zugleich werden wichtige EU-weite Zielsetzungen wie der Schutz und die Stärkung der heimischen Landwirtschaft sträflich vernachlässigt.“

„Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf:

1. sich auf Bundes- sowie auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass brandenburgische Interessen im Rahmen der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union 2028 – 2034 eine angemessene Berücksichtigung erfahren. Dazu gehört:

(...)

b) die Prioritätensetzung des MFR-Vorschlags der EU-Kommission und die angestrebten unangemessen hohen Mittelaufwüchse z.B. im Verteidigungsbereich sowie die Kürzungen beispielsweise im Agrarbereich abzulehnen und sich für eine angemessene Mittelausstattung für Kohäsions- und Agrarpolitik einzusetzen“



8. Doppelmoral in der Anwendung des Völkerrechts beenden – Russland-Sanktionen aufheben – Zukunft der PCK Schwedt dauerhaft sichern!

Antrag (BSW) 20.01.2026 Drucksache 8/2301 Neudruck

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-379675>

Darin heißt es u.a.:

„Spätestens seit den völkerrechtswidrigen US-Bombardements gegen Venezuela und der Entführung des venezolanischen Staatspräsidenten Nicolás Maduro in die Vereinigten Staaten am 3. Januar 2026 ist eindeutig erkennbar, dass die Europäische Union und die Bundesregierung das Völkerrecht nur dort als Argumentationsgrundlage anführen und nur da auf seiner Einhaltung beharren, wo dies den geostrategischen Interessen der USA dienlich ist.“

„Nach Beginn des Ukraine-Krieges verhängte die Europäische Union mit Zustimmung der Bundesregierung Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation, insbesondere gegen den russischen Energiesektor. Sie sanktionierte zudem russische Staatsbürger, erschwerte das Reisen aus und nach Russland massiv, stellte die Forschungszusammenarbeit sowie den schulischen / universitären Austausch ein und beschloss zuletzt am 24. Oktober 2025 bereits das 19. Sanktionspaket gegen Russland. Ähnliche Maßnahmen gegen den Energiesektor der USA oder gegen Bürger der Vereinigten Staaten sind bis dato nicht geplant.“

„Hinzu kommt, dass unilaterale Sanktionen (also einseitige Zwangsmaßnahmen einzelner Staaten ohne UN-Mandat) als völkerrechtswidrig angesehen werden, da sie gegen Kernprinzipien der Charta der Vereinten Nationen wie das Gewaltverbot, die souveräne Gleichheit und das Nichteinmischungsprinzip verstoßen. Somit verstößt die EU durch die Russland-Sanktionen auch selbst gegen das Völkerrecht.“

„Ein Einsatz Brandenburgs für die Wiederaufnahme der russischen Öllieferungen und für eine dauerhafte Absicherung der PCK Schwedt ist daher unabdingbar. Auch das allgemeine Ende der Energiesanktionen gegen Russland ist für unser Bundesland dringend notwendig, zumal laut Daten des aktuellen Wärmemonitors des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung die Heizkosten in Brandenburg aktuell deutschlandweit mit am höchsten sind und auch Firmenpleiten aufgrund hoher Energiekosten zunehmen, zuletzt beispielsweise bei der Glasmanufaktur Brandenburg (GMB) in Tschernitz (niedersorbisch Cersk).“

„Der Landtag möge deshalb beschließen:

- 1. der Landtag verurteilt den Angriff der Vereinigten Staaten von Amerika auf Venezuela und die Entführung des venezolanischen Staatspräsidenten Nicolás Maduro in die Vereinigten Staaten am 3. Januar 2026;*
- 2. der Landtag ist besorgt über Drohungen von US-Präsident Donald Trump und US-Außenminister Marco Rubio, militärische Gewalt gegen Dänemark (Grönland), Kuba, Kolumbien, Mexiko und den Iran einzusetzen;*



3. *der Landtag verurteilt das instrumentelle Verhältnis der Bundesregierung und der EU-Kommission zum Völkerrecht und ruft alle Staaten zu seiner ausnahmslosen Einhaltung auf;*
 4. *zugleich begrüßt der Landtag die von Bundeskanzler Friedrich Merz am 15. Januar 2026 beim Neujahrsempfang der IHK Halle-Dessau getätigte Aussage, man müsse „mit unserem größten europäischen Nachbarn, nämlich mit Russland, in der längeren Perspektive endlich wieder einen Ausgleich“ finden;*
 5. *der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung für einen von den Vereinigten Staaten unabhängigen Kurs Deutschlands auch zum Wohle der wirtschaftlichen Entwicklung in allen Bundesländern einzusetzen;*
 6. *der Landtag stellt fest, dass die von der EU und den USA verhängten Sanktionen, sowie das Ölembargo gegen Russland maßgebliche Gründe für die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands (u.a. die schleichende Deindustrialisierung) sind, da sie zu hohen Energiepreisen beigetragen haben;*
 7. *der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission gegen die am 21. Januar 2026 in Kraft tretende Verschärfung des Ölembargos gegen Russland, für die Abschaffung der Sanktionen gegen Russland und für die Wiederaufnahme der Energielieferungen aus Russland einzusetzen – etwa als Teil einer Friedensösung für die Ukraine;*
 8. *der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Verlängerung und Entfristung der am 29. April 2026 auslaufenden Genehmigung für Rosneft Deutschland zu verlangen, um die PCK-Raffinerie in Schwedt kurzfristig abzusichern;*
 9. *der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Deutschland völkerrechtswidrige extraterritoriale Sanktionen, wie die im Oktober 2025 von den USA verhängten, nicht anerkennt und ihnen deswegen nicht mehr Folge leistet;*
 10. *der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine Ertüchtigung und Ausbau der Pipeline APR zwischen Rostock und Schwedt einzusetzen und die Bundesregierung aufzufordern, die Mittel, die zur Ertüchtigung dieser Pipeline zugesagt waren, bei der Europäischen Union beihilferechtlich durchzusetzen.“*
9. **Militarisierung des Gesundheitswesens verhindern - Transparenz hinsichtlich der NATO-Übung „Medic Quadriga 2026“ sowie des kommenden „Gesundheitssicherstellungsgesetzes“ schaffen**
Antrag (BSW) 10.03.2026 Drucksache 8/2524
<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-380917>

Darin heißt es u.a.:

„Der Landtag steht zur Bundeswehr und ihrem im Grundgesetz verankerten Auftrag zur Landesverteidigung. Übungen von Kriegsszenarien an der sogenannten „NATO-Ostflanke“ unter Beschwörung vermeintlicher Bedrohungsszenarien gehen jedoch weit über diesen Auftrag hinaus.



Zudem ist die NATO-Übung „Medic Quadriga 2026“ ein weiterer Schritt hin zur Militarisierung des zivilen Gesundheitswesens auch im Land Brandenburg. Der Landtag spricht sich für eine klare Trennung ziviler und militärischer Gesundheitsversorgung aus.“

„Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf:

1. Den Landtag vollständig und umfassend in geeigneter Form über die Einbeziehung von Einrichtungen und Strukturen der Gesundheitsversorgung im Land Brandenburg in die NATO-Übung „Medic Quadriga 2026“ zu informieren;

2. den Landtag stets im Voraus sowie im Nachgang in geeigneter Form über die Einbeziehung von Einrichtungen und Strukturen der Gesundheitsversorgung im Land Brandenburg in jegliche militärischen Übungen zu informieren;

3. den Landtag in regelmäßigen Abständen in geeigneter Form über den Stand der Erarbeitung des sogenannten „Gesundheitssicherstellungsgesetzes“ des Bundes und die Auswirkungen auf Brandenburg zu informieren;

4. dem Landtag in regelmäßigen Abständen in geeigneter Form über die Planungen zur Umsetzung von Maßnahmen des sogenannten „Operationsplanes Deutschland“ in Brandenburg und auf die Auswirkungen dieser Planungen zu informieren;

5. auf die Einhaltung von Informations- und Mitspracherechten der Personal- und Betriebsräte im Falle der Einbeziehung von Einrichtungen und Strukturen der Gesundheitsversorgung im Land Brandenburg in jegliche militärischen Übungen hinzuwirken;

6. im Rahmen ihrer Beteiligung an der Erarbeitung des „Gesundheitssicherstellungsgesetzes“ des Bundes sowie im Rahmen der Planungen zur Umsetzung des „Operationsplans Deutschland“ auf Landesebene auf eine strikte Trennung ziviler und militärischer Strukturen im Land Brandenburg hinzuwirken.“

Ausgewählte Anfragen

1. Datenübermittlung der Meldebehörden an die Bundeswehr

Kleine Anfrage 646 Melanie Matzies (BSW), Falk Peschel (BSW) 07.09.2025 Drucksache 8/1706

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-376590>

2. Moratorium für die Konversion in Brandenburg und seine Folgen

Kleine Anfrage 757 Andreas Kutsche (BSW), Gunnar Lehmann (BSW), Melanie Matzies (BSW), Jenny Meyer (BSW) 04.11.2025 Drucksache 8/1965

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-377910>

3. Reaktivierung von Tieffluggebieten in Brandenburg

Kleine Anfrage 836 Andreas Kutsche (BSW), Gunnar Lehmann (BSW), Jenny Meyer (BSW)

12.01.2026 Drucksache 8/2264

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-379506>



4. Gefechtsübung der Bundeswehr im Landkreis Potsdam-Mittelmark

Fragestunde Mündliche Anfrage 339 Gunnar Lehmann (BSW) 27.01.2026 Drucksache 8/2309 Neudruck (S. 4)

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-379807>

5. Auswirkungen des neuen Wehrdienstgesetzes auf Jugendliche und junge Erwachsene in Brandenburg

Fragestunde Mündliche Anfrage 398 Falk Peschel (BSW) 24.02.2026 Drucksache 8/2429 Neudruck (S. 8)

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-380479>

6. „Kooperationen mit der Verteidigungsindustrie“ - gemeinsame Veranstaltung der IHK Potsdam und der Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB)

Fragestunde Mündliche Anfrage 367 Falk Peschel (BSW) 24.02.2026 Drucksache 8/2428 Neudruck (S. 2)

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/portal/vorgang/V-380478>

Kunstaussstellung der Fraktion

Eröffnung der Ausstellung „Krieg und Frieden“ mit Werken von Hans und Lea Grundig. Zur Eröffnung hatten wir eine Podiumsdiskussion organisiert sowie Botschafter aus über 40 Staaten eingeladen – mit großem Presseecho (07.10.2025). Die Ausstellung ist noch bis zum 31. Mai 2026 im Flur der BSW-Fraktion im Landtag zu besichtigen.

Mehr dazu auf der Homepage der Fraktion unter:

<https://bsw-fraktion-brandenburg.de/aktuelles/alle/ausstellungseroeffnung-krieg-und-frieden/>
(Ausstellungseröffnung)

<https://bsw-fraktion-brandenburg.de/kunstaussstellungen/> (zur Ausstellung allgemein)

Kontakt

BSW-Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon: +49 331 966 1940

E-Mail: post@bsw-fraktion.brandenburg.de



[@bsw.fraktion.brandenburg](https://www.facebook.com/bsw.fraktion.brandenburg)



www.youtube.com/@BSW-LTBB



[@bsw_fraktion_brandenburg](https://www.instagram.com/bsw_fraktion_brandenburg)



Spotify: Politik ohne Filter



BSW-Fraktion im Landtag Brandenburg